

Erklärung von Paris

Ein Weg aus der Krise in Europa

Zwölf Vorschläge der Grünen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Lösung der Krise

Einleitung: Die üblichen Gipfeltreffen sind gescheitert

Unsere Welt durchlebt eine Finanz- und Wirtschaftskrise, gepaart mit einer sozialen, ökologischen und demokratischen Krise, gleichzeitig ist der außer Kontrolle geratene Klimawandel eine Lebensbedrohung für die Menschheit. Die aktuelle Krise vollzieht sich vor diesem umfassenderen Hintergrund. Vom Arabischen Frühling bis zur israelischen Zeltstadtbewegung, von der Occupy-Bewegung bis zu Umwelt-NRO und Menschenrechtsaktivisten – überall in der Welt wehren sich die Menschen. Die Grünen sind diesen Initiativen in solidarischer Partnerschaft verbunden.

Wir stehen den Auswirkungen eines nicht nachhaltigen Entwicklungsmodells gegenüber, das allein auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, sich über ökologische und soziale Zwänge hinwegsetzt und durch übersteigerte öffentliche und private Verschuldung, Privatisierung und Deregulierung angeheizt wird. Diese Krisen untergraben den sozialen Zusammenhalt und verursachen ein politisches Auseinanderdriften des Kontinents, der uns im 21. Jahrhundert in die Bedeutungslosigkeit abrutschen lässt.

Die Krise hat Bruchstellen in der Konstruktion des Euro deutlich gemacht und dazu geführt, dass schwächere Wirtschaftssysteme der Eurozone Gefahr laufen, ihre Staatsschulden nicht bezahlen zu können und zahlreiche außerordentliche Stützungsmaßnahmen benötigen, die möglicherweise schon jetzt nicht mehr ausreichen, um die Flut einzudämmen. Die Lösung der damit einhergehenden Strukturprobleme erfordert einschneidende Maßnahmen, die sich wiederum auf alle EU-Mitgliedstaaten auswirken werden, unabhängig davon, ob sie der Eurozone angehören oder nicht.

Da der Euro in Gefahr ist, scheinen die Grundfesten der Stabilität, auf denen die europäische Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ruht, unterminiert zu werden. Rechtsextreme Populisten und Intoleranz erzielen Bodengewinne, die partizipative Demokratie wird allzu oft nicht in Anspruch genommen. Nationalpopulisten sind der Macht näher als je zuvor. Dennoch haben wir guten Grund, auf die Errungenschaften Europas stolz zu sein. Durch die Integration wurde ein Wiederaufflammen militärischer Konflikte innerhalb der EU vermieden und ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen den Europäern gefördert. Wir sind entschlossen, uns diese Errungenschaften zu verteidigen und sie weiterzuentwickeln.

Bislang haben europäische und nationale politische Entscheidungsträger unzureichend reagiert. Ihren Antworten mangelt es an Visionen und Entschlossenheit, es geschieht zu wenig und das zu spät. Grund dafür ist das ständige Leugnen von vier Tatsachen:

- Gleichzeitige und koordinierte Sparmaßnahmen als einzige politische Antwort können Europa nur in eine wirtschaftliche Rezession stürzen und verschärfen das Problem der Staatsverschuldung, anstatt es zu lösen.
- Griechenland ist insolvent und befindet sich seit mehreren Jahren in einer tiefen Rezession, daher werden die öffentlichen Schulden niemals vollständig zurückgezahlt werden.
- Keine Währungsunion ist ohne eine starke steuerliche und politische Union nachhaltig; Koordinierung kann kein effizienter Ersatz für Integration sein.
- Nicht nachhaltige öffentliche Finanzen oder mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sind nicht die Hauptgründe der derzeitigen Krise. Das eigentliche Problem bilden die weltweit zunehmende Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Wohlstand in den vergangenen Jahrzehnten sowie ein übermäßig fremdfinanzierter und übergroßer Finanzsektor, der süchtig nach Schulden und Spekulation ist und von impliziten und expliziten öffentlichen Bürgschaften profitiert. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem untragbaren Kreditwachstum, zur Risikoakkumulation und zum weltweiten Anstieg der Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Wohlstand geführt.

Die letzten Gipfeltreffen haben zwar gezeigt, dass den europäischen Entscheidungsträgern diese unbequemen Wahrheiten bewusst werden, doch sind sie immer noch ideologisch voreingenommen: Ihr Ansatz zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen konzentriert sich im Wesentlichen auf Ausgabenkürzungen; Wettbewerbsfähigkeit ist für sie allein von niedrigen Löhnen abhängig; Ungleichheiten in der Gesellschaft betrachten sie nicht als Problem; sie treibt vor allem die Furcht vor den Märkten und vor der öffentlichen Meinung von morgen an. All dies zog eine Krisenreaktion nach sich, die nicht nur ineffizient ist, sondern für die die Rechnung in erster Linie von den schwächsten Gruppen in unserer Gesellschaft bezahlt wird, was eine weitere Zunahme der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Gesellschaften zur Folge hat.

Der ungeheure Mangel an Visionskraft und Führungsqualitäten, den die führenden politischen Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene bislang an den Tag gelegt haben, nährt ein zunehmendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union. So ist es in den Nettozahlerländern, in denen die Menschen den Eindruck haben, dass finanzielle Zusagen in ihrem Namen ohne angemessene Begründung eingegangen werden. Das Gleiche gilt auch für Länder, die Soforthilfen erhalten und in denen die Bürger sich in Anbetracht der Auswirkungen ungerechter Sparmaßnahmen machtlos fühlen und aufgebracht sind, während im Finanzsektor gleichzeitig alles beim Alten bleibt.

Straßenproteste breiten sich spontan aus, die konventionellen politischen Prozesse scheinen losgelöst von den Bürgern stattzufinden. Initiativen wie „Los Indignados“ in Spanien oder die Occupy-Bewegung haben sich binnen kurzer Zeit zu einem wahrhaft internationalen Ausdruck von Unmut, Frustration und Widerstand gegen ideologiebasierte politische Prozesse entwickelt, die die Mehrheit bestrafen und die Minderheit belohnen. Wir erkennen das demokratische Recht auf friedlichen Protest an, unterstützen es und bedauern daher den Einsatz von Gewalt gegen friedliche Demonstranten und Besetzer. Wir erklären uns solidarisch mit denjenigen, die an diesen Initiativen weltweit teilnehmen. All die genannten Bewegungen verdienen unsere Unterstützung und unsere Solidarität.

Wenngleich wir vor gewaltigen Herausforderungen stehen, ist die Krise doch eine einmalige Gelegenheit für einen Quantensprung nach vorn, der es den Europäern ermöglicht, eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft aufzubauen, die sich auf die Wahrung

der Menschenrechte stützt und auf einer partizipativen multinationalen Mehrebenen-Demokratie gründet. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, bei dem das Wohlergehen der Menschen in einer nachhaltigen Umwelt im Mittelpunkt der Politikgestaltung steht, und zwar nicht nur als langfristiges, fernes Ziel. Dies ist ein Augenblick der Wahrheit in der Geschichte der Menschheit, wir befinden uns am Vorabend einer Umwandlung unserer Zivilisation. Auch wenn es keinen fertigen Entwurf für eine nachhaltige Welt im 21. Jahrhundert gibt, erkennen wir Grünen die Notwendigkeit tiefgreifender und weitreichender Änderungen an.

Wir schlagen daher einen grünen New Deal für Europa vor – ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das auf innovative und miteinander verknüpfte Lösungen für die Herausforderungen abzielt, denen wir im 21. Jahrhundert gegenüberstehen und die ein neues politisches Denken und neue Visionen für die Wirtschaft erfordern. Wir glauben, dass der grüne New Deal eine Flut neuer hochwertiger Arbeitsplätze und Investitionen begünstigt, die ein neues Entwicklungsmodell vorantreiben.

Ein grüner Kompass: Leitgrundsätze für eine glaubwürdige Antwort

Auch wenn Europa in einer beispiellosen Krise steckt, bestehen die beiden wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weiterhin in der Sicherstellung von Wohlstand und Wohlergehen nicht nur für einige wenige, sondern für alle in der Welt, für die heutige und für die kommenden Generationen; dabei muss unser Entwicklungsmodell auf die physischen Grenzen unseres Planeten zugeschnitten werden. Die Zukunft der Menschheit auf unserer Erde hängt von der Art und der Geschwindigkeit der globalen Reaktion auf diese Herausforderungen ab. Daher beschließen wir folgende Leitprinzipien als unsere Antwort auf die aktuelle Krise:

- Wollen die Europäer, die 7 % der Weltbevölkerung stellen, die Fähigkeit behalten bzw. wiedererlangen, ihre eigene Zukunft zu gestalten und in den internationalen Angelegenheiten mitzureden, so müssen sie an einem Strang ziehen. Europa als Ganzes und die Eurozone besitzen allgemeine wirtschaftliche Grundlagen, die zwar nicht ideal sind, uns aber in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht eine recht gute Position verschaffen; überdies haben wir starke Ressourcen – unsere Bevölkerung, unser Wissen und unsere Innovationsfähigkeiten, unser gemeinsamer Wohlstand und unsere Vielfalt, die es uns ermöglichen, auf die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, gemeinsam zu reagieren. Dies bedeutet, dass jedes zur Auflösung der Eurozone führende Szenario, das der erste Schritt zum politischen Auseinanderdriften Europas wäre, für uns nicht hinnehmbar ist. Umgekehrt jedoch darf nicht jede stärkere politische Integration der Eurozone zur Herausbildung eines Europa der zwei Geschwindigkeiten führen; die gemeinsame Wirtschaftsführung in der Eurozone muss gestärkt werden, dies sollte jedoch nicht zum Ausschluss der anderen Mitgliedstaaten der EU führen.
- Gleichberechtigte Gesellschaften sind leistungsfähiger. Alle empirischen Erkenntnisse belegen, dass eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Wohlstand eine wichtige Voraussetzung für das Wohlergehen des Einzelnen und der Gemeinschaft ist; daher müssen Lösungen für die Krise die zunehmende Tendenz von mehr Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand umkehren.
- Tragfähige öffentliche Finanzen auf allen Regierungsebenen sind ein wesentlicher Faktor des Erfolgs; sie müssen mit angemessener Geschwindigkeit unter Berücksichtigung der Wirtschaftstätigkeit ausgeglichen und die Ausgaben und

Einnahmen optimiert werden - vor allem dann, wenn die absolute Staatsverschuldung hoch ist. Vor diesem Hintergrund kann Verschuldung lediglich als Instrument zur Finanzierung von Investitionen gerechtfertigt werden, die das künftigen Generationen zu Verfügung stehende materielle oder immateriale Kapital tatsächlich erhöhen.

- Ein systemisches Problem verlangt nach einer systemischen Lösung, die das Primat der Politik über die Spekulation wiederherstellt. Daher muss die Finanzindustrie in ihre Rolle als Stütze der Realwirtschaft zurückgedrängt werden, welche wiederum ein Instrument für das Wohlergehen aller sein muss. Deshalb muss der größte gesellschaftliche Nutzen für die Entscheidungen über Fragen, die die Regulierung der Finanzindustrie betreffen, bestimmend sein.
- Das Verursacherprinzip: Diejenigen, deren Handeln uns in die derzeitige Krise gestürzt hat und die am meisten von einem von Schulden und Spekulation genährten Entwicklungsmodell profitiert haben, müssen den größten Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Wann immer Regierungen eingreifen müssen, müssen sie ihre (auch temporären) Eigentumsrechte geltend machen.
- Jede Lösung muss die größer werdende demokratische Kluft auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten verringern statt vergrößern.

Kurzfristig: Nur mutige Schritte können etwas bewirken

Das Feuer muss jetzt gelöscht werden; es wird keine dauerhafte Lösung geben, wenn der Abwärtsspirale nicht Einhalt geboten wird. In der Überzeugung, dass Solidarität und finanzpolitische Stabilität zusammengehören, fordern wir Grünen daher, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. **Die griechische Schuldenlast tragbar machen:** Der angekündigte freiwillige 50-%ige Schuldenschnitt für Griechenland durch den Privatsektor reicht nicht aus, zumal nicht alle privaten Anleihehaber teilnehmen werden, die öffentlichen jedoch in Gänze dabei sind. Dies wird zu einer tatsächlichen Verringerung der Schulden von höchstens 25 % führen, während eigentlich ein Schuldenschnitt von insgesamt mindestens 60 % erforderlich ist; dafür wäre entweder eine Beteiligung aller privaten und öffentlichen Anleihegläubiger oder ein wesentlich höherer Schuldenschnitt bei den privaten Schuldverschreibungen nötig.
2. **Die EFSF (und den künftigen ESM) zu einem effizienten Sicherheitsnetz machen:** Die derzeitige – und sehr unklare – Regelung für die Ausweitung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität reicht nicht aus, um weiteren Spekulationen auf die Staatsverschuldung von Mitgliedstaaten einen Riegel vorzuschieben. Um ein glaubwürdiges Sicherheitsnetz zu sein, muss die EFSF zu einer Bank werden, die auf Liquiditätsfazilitäten der Europäischen Zentralbank zugreifen kann; ihre Beschlüsse müssen nach dem Mehrheitsprinzip gefasst werden. Mit dem Vorschlag, in großem Umfang auf diskreditierte Finanzierungsinstrumente in Form von Kreditversicherungen ähnlich den CDS und Investmentvehikeln ähnlich den CDO zurückzugreifen, kann dem Mangel an Vertrauen nicht entgegengewirkt werden.
3. **Rekapitalisierung der europäischen Banken:** Der Betrag in Höhe von 109 Mrd. EUR, der auf den letzten Gipfeltreffen beschlossen wurde, ist ein Minimum dessen, was tatsächlich benötigt wird, um die europäische Bankwirtschaft widerstandsfähig zu machen; ein Betrag in Höhe von 300 Mrd. EUR kommt der Realität wahrscheinlich näher. Private Quellen müssen als Erste einen Beitrag leisten, wird jedoch öffentliches

Geld verwendet, müssen die Eigentumsrechte und die Kontrolle dem Steuerzahler übertragen werden (durch vorübergehende öffentliche Kontrolle, die damit Fortschritte in Richtung auf ein stärker auf dem Gegenseitigkeitsprinzip beruhendes europäisches Bankensystem ermöglicht). Strikte Auflagen müssen verhängt werden: Z. B. müssen Gewinne einbehalten werden, um das Kapital der Banken zu stärken, jeder Überschuss fließt jedoch an die Staatskasse zurück; Bankbilanzen werden verkleinert, indem die risikoreichsten Tätigkeiten zuerst abgestoßen werden; damit wird sichergestellt, dass die Kreditvergabe an die Realwirtschaft nicht negativ beeinflusst wird; dem eigennützigem Verhalten der Führungskräfte in Hinblick auf Pensionen, Prämien und Gehälter muss ein Riegel vorgeschoben werden; Gesetzesverstöße geretteter Banken, beispielsweise Steuerflucht, gilt es zu verhindern. Entscheidende Bedeutung haben ferner Maßnahmen zur Vermeidung einer Kreditkrise. In Fällen, in denen die Verluste aus Bankeninsolvenzen die Tragfähigkeit der Schulden eines Staates gefährden, sollten die EZB und die EFSF Maßnahmen ergreifen, um diese Rekapitalisierungskosten für den Staat zu senken.

- 4. Einen Ausgleich zu dem allein auf Sparpolitik setzenden Ansatz schaffen:** Wir sehen zwar weiterhin die Notwendigkeit tragfähiger öffentlicher Finanzen gemäß den Verträgen, doch waren einige Teile der Hilfsmaßnahmen der Troika sozial ungerecht; die festgelegten Auflagen müssen ausgeglichen werden, dabei müssen die Einkommen der wohlhabendsten Bürger einer Gesellschaft effizient verfolgt und Tabus sowie Privilegien aufgebrochen werden, wie die Immunität des Militärs in Griechenland oder der Kirchen in Ländern wie Griechenland oder Italien. Zusätzlich sollte die EU ihre nicht in Anspruch genommenen Kohäsionsfondsmittel wirksam einsetzen und die Kofinanzierungsanforderungen für unterstützte Mitgliedstaaten senken, um eine nützliche Wirtschaftstätigkeit anzuregen. Nötig ist ein Wechsel von einseitiger Sparpolitik zu sozial gerechten und nachhaltigen Strukturreformen und Investitionen, um die nationalen Wirtschaftssysteme zu stärken.

Mittel- und langfristig: Verpflichtung zu einem tiefgreifenden Wandel

Kurzfristige Maßnahmen sind kein Ersatz für dauerhaftere und grundlegende Antworten, die Europa wieder auf den Weg eines nachhaltigen Aufschwungs bringen. Im Folgenden sind die wichtigsten Bestandteile dargestellt, die dieser umfassende Ansatz unseres Erachtens haben muss:

- 5. Eine strikte Neuregulierung der Finanzindustrie Europas:** Europa darf nicht zögern, über die Vorschläge von „Basel III“ hinauszugehen und hohe Kapitalanforderungen (15 %), eine absolute Begrenzung des Verschuldungsgrades und verbindliche Liquiditätsanforderungen aufzuerlegen. Unseres Erachtens sind Institutionen, die zu groß sind, um zu scheitern, ganz einfach zu gefährlich; es muss jetzt die Gelegenheit ergriffen werden, sie auf eine handhabbare Größe zu verkleinern, dabei wird sichergestellt, dass das Scheitern einer Finanzinstitution minimalen Schaden im gesamten Finanzsystem und in der Wirtschaft anrichtet. Ferner müssen die Regeln eine klare Trennung zwischen dem Bankensektor im engeren Sinne, der der Realwirtschaft dient, und dem riskanterem, häufig spekulativen Investmentbanking vorsehen. Generell müssen Finanzprodukte und -tätigkeiten, die keinen nachgewiesenen sozialen oder wirtschaftlichen Nutzen haben, untersagt werden; die Verwendung von Techniken wie ungedeckten Transaktionen und Transaktionen mit Fremdprodukten sollten untersagt oder zumindest strikt reguliert werden. Schließlich sollten dem Schattenbankensystem durch strikere

Liquiditätsvorschriften und Bestimmungen über undurchsichtige außerbilanzmäßige Zweckgeschäfte schrittweise die Mittel entzogen werden. Eine unabhängige europäische Ratingagentur mit wissenschaftlicher Grundlage sollte eingesetzt werden, deren Schwerpunkt auf der Qualität der Verschuldung, einschließlich ihrer ökologischen Nachhaltigkeit, liegt.

6. **Eine umfassende europäische Steuerstrategie:** Stabile öffentliche Finanzen, stärkerer sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit können nicht ohne eine tiefgreifende Umstrukturierung der Steuerpolitik in ganz Europa erreicht werden. Auf Ebene der EU müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine Finanztransaktionssteuer der EU, einen Klima-/Energiebeitrag der EU und eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer (CCCTB), verbunden mit einem minimalen effektiven Steuersatz, umzusetzen, um einen gerechten Beitrag der Unternehmen sicherzustellen. Die EU muss einen „Steuerabrüstungsvertrag“ entwickeln, mit dem die Mitgliedstaaten die Steuerparadiese abschaffen, die in ihre eigenen Rechtsvorschriften eingebaut sind, und sich verpflichten, die Steuerhinterziehung aktiv zu bekämpfen und Möglichkeiten der Steuerflucht im Rahmen einer umfassenden europäischen Strategie einschränken. All dies macht es erforderlich, in Steuerfragen nicht mehr das Einstimmigkeitsprinzip, sondern das normale Gesetzgebungsverfahren anzuwenden, das der Mitentscheidung durch den Rat der EU und das Parlament unterliegt. Auf nationaler Ebene müssen eine höhere Progressivität der Einkommensteuer sowie Vermögenssteuern eingeführt werden.
7. **Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds,** der Eurobonds ausgeben kann, die die Attraktivität von Europas Staatsschuldenmarkt erhöhen sollten, indem sie diesen liquider und widerstandsfähiger machen und dabei moralische Risiken durch klare Bedingungen für die Teilnahme, insbesondere in Hinblick auf die Steuerdisziplin, verhindern. Dieser EWF sollte mehr ein gemeinschaftliches (als ein zwischenstaatliches) Instrument sein, das der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegt und die Aufgaben der derzeitigen Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität als Krisenreaktionsinstrument übernimmt. Werden weitere Maßnahmen für Transparenz und Rechenschaftspflicht umgesetzt und die Führung des IWF demokratisiert, muss über zusätzliche Mittel nachgedacht werden, die dazu beitragen, Wirtschaftssysteme zu unterstützen, die Dringlichkeitsdarlehen und Strukturhilfen benötigen.
8. **Einen ausgewogeneren Rahmen für die makroökonomische Überwachung schaffen und anwenden:** Dieser Rahmen, der durch das „Sechserpaket“ im September geschaffen wurde, muss in ausgewogener Weise umgesetzt werden. Überschuss- und Defizitländer müssen angemessen behandelt werden, da sie einander beeinflussen; ferner müssen wirtschaftlich relevante soziale und ökologische Indikatoren wie Einkommensungleichheiten, Bildungsausgaben, der ökologische Fußabdruck oder Ressourcenproduktivität eingeführt werden.
9. **Den EU-Haushalt zu einem Instrument der Wirtschaftspolitik machen:** Keine Währungsunion war ohne einen glaubwürdigen gemeinsamen Haushalt als Instrument der Wirtschaftspolitik erfolgreich. Erforderlich ist daher ein wesentlich

ambitionierterer EU-Haushalt, der aus den Eigenmitteln finanziert wird, über die das Europäische Parlament mitentscheidet und die aus der Finanztransaktionssteuer und dem Klima-/Energiebeitrag hervorgehen und eine teilweise Entlastung der Beiträge der Mitgliedstaaten ermöglichen. Der Haushalt wird dann durch Projektbonds ergänzt, um Projekte von allgemeinem Interesse zu finanzieren wie gesamteuropäische Infrastrukturen für erneuerbare Energie oder Vorhaben, die Europa zum Marktführer bei ressourcen- und energieeffizienten Lösungen machen sollen. Damit entsteht ein starkes und europäisches Schatzamt.

10. Ein grüner New Deal für Europa: Die einseitige Ausrichtung auf Sparmaßnahmenpolitik ist eine aussichtslose Strategie. Mit dem Ausverkauf der Mittel für die künftige Produktivität um kurzfristiger Effekthascherei willen kann kein Unternehmen, geschweige denn ein Land geführt werden. Die Ersparnisse der europäischen Haushalte und Unternehmen haben wesentlich zugenommen: Diese Kapazität muss mobilisiert und mit der (begrenzten) Investitionskapazität der Regierungen zu einem europaweiten grünen New Deal kombiniert werden, mit dem in die umweltgerechte Gestaltung von Energie, Verkehr und Produktionsinfrastrukturen investiert, unsere natürlichen Ressourcen wiederhergestellt, der soziale Zusammenhalt verbessert und Bildung, Forschung und Innovation gefördert werden sollen. Diese Mobilisierung erfordert einen kohärenten Plan sowie folgende Rechtssetzungsstrategien:

- a. Gleichsetzung der EU-2020-Ziele mit den finanziellen Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts; dies würde den Druck erhöhen, öffentliche Investitionen auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit auszurichten;
- b. eine effizientere CO₂-Preisgestaltung durch Senkung der THG-Emissionen bis 2020 um 30 %, um den Preis von Kohlenstoff hochzutreiben, eine Kohlenstoffsteuer für Nicht-ETS-Sektoren und eine uneingeschränkte Versteigerung von Zertifikaten;
- c. Durchführung von Kohlenstoff-Stresstests für Finanzinstitutionen, Aufnahme von Klimarisiken als systemische Risiken in die Gesetzgebung, Förderung grüner Indizes, auf die sich indexbasierte Mittel beziehen können, Entwicklung eines ökologisch nachhaltigen Bankwesens, das die Kunden stärker für den Kohlenstoff-Fußabdruck der Investitionen sensibilisiert, die mit ihren Spareinlagen getätigt werden (gegebenenfalls mit steuerlichen Anreizen);
- d. Der Europäischen Zentralbank wird gestattet, von der Europäischen Investitionsbank ausgegebene Anleihen unter der Bedingung zu refinanzieren, dass diese Anleihen nachhaltige Investitionen unterstützen;
- e. Beauftragung öffentlicher Pensionsfonds bzw. Schaffung von Anreizen für private Pensionsfonds, einen Teil ihres Bestands für ökologisch nachhaltige Investitionen und Unternehmen bereitzustellen;
- f. Umsetzung eines energiepolitischen Wandels, der einen fortschrittlichen Weg hin zu einer Zukunft im Zeichen der erneuerbaren Energie und fort von dem auf Kernenergie und fossilen Brennstoffen basierenden Energiesystem sicherstellt.

Ein stärker politisch integriertes und demokratischeres Europa

Die meisten der genannten Maßnahmen bedeuten eine tiefgreifende Änderung der politischen Schwerpunktsetzung und der Prioritäten und erfordern ein politisch stärker integriertes Europa. Auf sich allein gestellt werden die Mitgliedstaaten schwerlich in der Lage sein, den Finanzsektor neu zu regulieren, die zunehmende Steuerflucht zu bekämpfen, die für einen grünen New Deal benötigten Investitionen zu beschaffen oder den internationalen Finanzmärkten standzuhalten. Dazu sind wesentliche Änderungen der EU-Verträge nötig. Für uns Grüne ist es unverzichtbar, dass sowohl der Prozess, der zu einem stärker politisch integrierten Europa führt, als auch seine Arbeitsweise zu mehr demokratischer Kontrolle und Mitwirkung führen. Daher schlagen wir Folgendes vor:

11. Wichtige wirtschaftspolitische Leitlinien unterliegen der Mitentscheidung:

Derzeit bestimmt praktisch die Europäische Kommission die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa und in einigen Mitgliedstaaten. Um den Maßnahmen der Kommission in diesem Bereich eine demokratische Grundlage zu geben, sollten sie politischen Leitlinien unterliegen, die in Mitentscheidungsverfahren des Rates der EU und des Parlaments angenommen werden. In diesem Sinne sollten die mehrjährige Wirtschaftsstrategie (derzeit EU-2020) sowie ihre jährlichen Leitlinien für die Umsetzung (derzeit Jahreswachstumsbericht, Teil des EU-Semesters) Rechtsakte im Rahmen der Mitentscheidung werden.

12. Konvent für ein neues Europa: Benötigt wird eine neue Reformrunde zum EU-Vertrag, beginnend mit der umgehenden Einberufung eines Konvents, der sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sowie der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zusammensetzt und auch innovative Formen der Vertretung vorsieht. Der Konvent sollte den Weg für wesentliche Änderungen des Vertrags ebnen, damit eine Rechtsgrundlage für die dargelegten Maßnahmen geschaffen wird. Um die demokratische Grundlage zu stärken, fordern wir ein EU-weites Referendum, das über die Änderungen der Agenda entscheidet, die in Kraft treten sollten, wenn eine Mehrheit der Völker und der Staaten sie billigt. Änderungen des Vertrags können keinesfalls hinter verschlossenen Türen von den Staats- und Regierungschefs der EU ausgehandelt und anschließend den Parlamenten aufgezwungen werden.

Schlussfolgerungen

Was in Europa heute mehr als alles andere gebraucht wird, ist Vertrauen: Vertrauen zwischen Wirtschaftsakteuren, Vertrauen zwischen Regierungen, Vertrauen zwischen Wirtschaftsakteuren und Regierungen, Vertrauen in die Institutionen der EU, vor allem aber Vertrauen unserer Bürger in ihre Banken, in ihre Wirtschaft, in ihre Regierungen, in ihre Zukunft. Wir Grüne glauben, dass kleine, zögerliche, krisenübliche Schritte nicht ausreichen; sie dürften lediglich die Wahrscheinlichkeit eines wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zusammenbruchs erhöhen. Nur wenn wir bereit sind, einen kühnen Sprung nach vorn zu tun, hin zu mehr politischer und demokratischer Integration, einem tiefgreifenden Wandel unserer Gesellschaften und unserer Wirtschaft für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit, haben wir eine Chance auf Erfolg. Die genannten Vorschläge sollten als erste Schritte bei diesem tiefreichenden Wandel verstanden werden; das ist unser Angebot an unsere Mitbürger. Wir sind bereit, unsere Zukunft auf sie zu setzen.

Erneuerung des europäischen Aufbauwerks

1. Die europäischen Grünen sind überzeugt, dass dem europäischen Aufbauwerk eine neue Richtung und ein neuer Zweck gegeben werden müssen. Die Distanzierung der Öffentlichkeit gegenüber der EU nimmt aufgrund der Unfähigkeit ihrer 27 Mitgliedstaaten zu, nachhaltige und fortschrittliche gemeinsame Lösungen für die Vielzahl der Krisen zu finden, denen die Bürger ausgesetzt sind.
2. Die Aushöhlung des Beschlussfassungsprozesses der Gemeinschaft zugunsten zwischenstaatlicher Verhandlungen, bei denen das Gesetz des Stärksten vorherrscht, gefährdet die Bedeutung der europäischen Parlamente und führt dazu, dass wenig öffentliche Debatten stattfinden. Beschlüsse werden auf der Grundlage eng definierter nationaler Interessen gefasst. Die derzeitige tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die soziale Krise zeigen, dass ein solcher Mechanismus der „Governance“ völlig unangemessen ist. Das Gegenmittel für diese bedauerliche Situation heißt mehr europäische Demokratie.
3. Die Europäische Union wird keinen Zusammenhalt erreichen und nicht effizient funktionieren, wenn die Institutionen, die die Europäer vertreten, nämlich das Europäische Parlament und die Kommission, weiterhin an den Rand gedrängt und ihre Befugnisse laufend unterminiert werden, unter anderem durch den französischen Präsidenten und die deutsche Bundeskanzlerin, die den Diskurs und die Macht monopolisieren. Wir lehnen entschieden die Praxis des Europäischen Rates ab, die Ausrichtung des Vertrags von Lissabon auf die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in Frage zu stellen, indem er sich in alle politischen Angelegenheiten einmischt. Dies ist nicht nur eine institutionelle oder rechtliche Frage, es geht um einen demokratischen und transparenten Beschlussfassungsprozess. Wir wollen die Gemeinschaftsmethode nutzen, um den grünen New Deal und den ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft in die Praxis umzusetzen.
4. In der Vergangenheit wurden Vertragsreformen von Regierungsvertretern vorgenommen, die in Regierungskonferenzen zusammenkamen und unter wenig oder gar keiner Mitwirkung der Öffentlichkeit einstimmig ihre Beschlüsse fassten. Reformen dürfen sich nicht weiterhin auf Konferenzen von Diplomaten beschließen werden, die die Mitgliedstaaten allein veranstalten.
5. Die jüngste massive Mobilisierung von Bürger aus ganz Europa zeigt, dass die Zukunft des Projekts Europa mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden muss.
6. Die Europäische Grüne Partei unterstützt den Vorschlag, dass dieses Europäische Parlament zunächst, ein Verfahren zur Einberufung eines neuen Konvents für ein neues Europa einleiten sollte, wozu es gemäß Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union berechtigt ist. Das Verfahren muss jedoch so angelegt sein, dass die Schlussfolgerungen des Konvents nicht von einer Regierungskonferenz im alten Stil vollständig geändert werden können. Neue Wege und neue Bündnisse müssen gefunden werden, um einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden.
7. Im Rahmen des in Budapest vereinbarten Verfahrens zur Erarbeitung der grünen politischen Agenda beschließt die Europäische Grüne Partei daher, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die damit beauftragt wird, bis zum nächsten Treffen des EGP-Rates einen Vorschlag zu Inhalten und Verfahren zur Änderung des EU-Vertrags auszuarbeiten, der eine breite öffentliche Beteiligung der europäischen Bürger am Prozess der Umgestaltung des europäischen Aufbauwerks sicherstellt.